Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1709. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 159. | Dresden, Freitag den 12. Juli 1912. | 23. Jahrg.

Interessenjäger und gewerbsmäßige Hetzer.

Am Mittwoch hat der englische Minister des Auswärtigen Edward Grey über die auswärtige Politik Englands im Unterhause wieder einmal Rechenschaft ablegen müssen. Seine Rede atmete sommerlichen Frieden, und was er über die deutsch-englischen Beziehungen sagte, bedeutet gegen die Spannung des Vorjahres einen erfreulichen Fortschritt. Grey wie der Führer der konservativen Opposition stellten auf das Entschiedenste in Abrede, daß gegenwärtig in England jemand daran denke, mit Deutschland anders als im Frieden zu leben. Ebenso gebe es momentan in der Welt keine Streitfrage, in der zwischen den beiden Ländern nicht eine friedliche Verständigung zu erzielen sei.

Nun braucht man ja solche Friedensversicherungen, namentlich wenn bei all diesen Reden hüben und drüben fieberhaft weitergerüstet wird, nicht zu überschätzen. Und Grey machte ja außerdem Mitteilungen über strategische Maßnahmen, die uns immer wieder an die zwischen den kapitalistischen Ländern klaffenden natürlichen Interessengegensätze erinnern: Das englische Nordseegeschwader ist auf Kosten des Mittelmeergeschwaders verstärkt worden und Grey suchte diese Situation mit Wenn und Aber zu verteidigen; England dürfe das Mittelmeer „nicht gänzlich aufgeben", er gab zu, daß „keine noch so geschickte Diplomatie" die mangelnde Flotte ersetzen könne, er erklärte, daß England „entweder eine genügende Streitmacht haben oder in kurzer Zeit dorthin entsenden müsse" — aber er versicherte auch, es drohe dort „augenblicklich keine Gefahr", es sei „gegenwärtig keine Aussicht auf irgendeinen Streit mit einer andern Macht im Mittelmeer vorhanden" und es sei nicht nötig, eine Streitkraft zu unterhalten, die sich in jedem Augenblick gegen alle anderen Flotten behaupten könne. In Wirklichkeit scheint England die Wahrung seiner Mittelmeerinteressen dem Ententebruder Frankreich anvertrauen zu wollen, weil Deutschlands krampfhafte Flottenrüstungen für die Engländer zum Nordseeproblem geworden sind.

Also, solange die Völker dem Rüstungswahnwitz der Regierungen nicht Halt geboten, bleiben die Friedensreden der Diplomaten Rauch und Schall. Immerhin sollen uns solche Ministerreden von der Möglichkeit und Notwendigkeit friedlicher Verständigungen Material sein zu unserer Agitation für Weltfrieden und Abrüstung. Denn wenn das Thema von der Völkerfreundschaft „oben" Mode wird, dann verfallen ihm sogar reaktionäre Blätter. So schreibt die Kreuzzeitung in holder Naivität zu Greys Aeußerungen:

> Was er über die diplomatischen Gruppen und die Freiheit der Aussprache in Bezug auf wechselseitige Interessenfragen ausführte, stellt einen so großen Fortschritt gegen die Zustände dar, die in den letzten Jahren bestanden, daß wir daran die besten Hoffnungen für eine weitere Besserung der deutsch-britischen Beziehungen knüpfen möchten.

Denn wir glauben nicht, daß es zwischen England und Deutschland, weder in der Bagdadbahnfrage noch in Südafrika noch anderswo, Streitfragen oder Interessengegensätze gibt, die nicht durch eine direkte freundschaftliche Aussprache erledigt werden könnten. Wenn solche Fragen bisher sich plötzlich krisenhaft zuspitzen konnten, so lag die Schuld hauptsächlich an dem Mangel vertrauensvoller Aussprachen zwischen den beiden Kabinetten, ein Umstand, der sofort von geschäftigen Zwischenträgern, von Interessenjägern und gewerbsmäßigen Hetzern dazu ausgenutzt wurde, um auf beiden Seiten zu schüren, um die Atmosphäre von Haß, Mißtrauen und Furcht zwischen beiden Völkern zu verdichten. Das alles wird von dem Augenblicke an nicht mehr möglich sein, in dem die beiden Regierungen zu einer Politik direkter Verständigung, möglichst von Person zu Person, übergehen, und die Presse durch klare Noten über den Verlauf der Unterhandlungen unterrichten. Es bedarf wohl keines Beweises, daß sich dann bald ganz von selbst wieder freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Völkern ausbilden werden.

So ähnlich konnte man es namentlich während der Marokkokrise in manchem sozialdemokratischen Blatt lesen. Aber damals waren wir laut Kreuzzeitung vaterlandslose Gesellen, weil wir von den Kapitalistenregierungen eine „Politik direkter Verständigung" forderten, weil wir „klare Noten über den Verlauf der Unterhandlungen verlangten", weil wir uns dagegen einsetzten, daß von den kapitalistischen Interessenjägern und gewerbsmäßigen Kriegshetzern zum Massenmord gehetzt wurde. Und die Kreuzzeitung mit all ihrem reaktionären Geschwisterklüngel, ihren Gönnern und Gesinnungsgenossen bis hinauf zu den Ministerbänken gehörte damals zu jenen, die von nationaler Ehre redeten, wo nur der Profit gewisser Kapitalistencliquen in Frage kam, zu jenen, die „die Atmosphäre von Haß, Mißtrauen und Furcht zwischen beiden Völkern" verdichteten und die von der Kreuzzeitung heute so genannt werden, wie sie die Sozialdemokratie seit jeher nennt: Interessenjäger und gewerbsmäßige Hetzer.

Wir haben selten ein Blatt sich und seine Gesinnungsverwandten derart leidenschaftlich ohrfeigen sehen!

Der Hetzer Erzberger.

Einstens versuchte sich der Abg. Erzberger in der Rolle des Oppositionsmannes — das war damals, als Roeren seinen Kampf gegen Dernburg eröffnete, dem er „Allüren eines Börsenjobbers" und ähnliche angenehme Eigenschaften zum Vorwurf machte. Die Feindschaft zwischen den Leuten von der Regierung und dem Abg. Erzberger stieg derart, daß im Wahlkampf 1906/07 der Wahlmacher des Fürsten Bülow, General Keim, eine Broschüre herausgeben konnte, die den vielsagenden Titel trug: „Die Lügen des Herrn Erzberger".

Darüber sind nun freilich Jahre verflossen, die Regierungsmänner, die damals den Kampf führten, sind in der Versenkung verschwunden, das Zentrum ist längst wieder regierende Partei und der einstige Oppositionsmann Erzberger ist heute zum Fanfarenbläser der Flottentreiber geworden. Die Veröffentlichungen des Nauticus, jener halbamtlichen Tendenzschrift, haben ihm anscheinend den letzten Rest von Ueberlegung geraubt, sonst hätte er nicht im „Tag" einen Artikel veröffentlichen können, der ebensogut den General Keim, seinen einstigen Widerpart, zum Verfasser haben könnte. Die englische Flotte ist momentan im Kanal zusammengezogen, wie versichert wird, um dem Parlament einen Ueberblick über Englands Rüstung zur See zu gewähren. Es wird versichert, daß die Schiffe demnächst wieder auf ihre Stationen zurückkehren werden. Der Nauticus enthält nun aber eine Tabelle, die den Anschein erwecken könnte, als solle fast die gesamte englische Flotte in der Nordsee versammelt bleiben. Diese Tabelle hat es Herrn Erzberger angetan. Er wünscht, daß man sie „an alle Plakatsäulen schlage, auf den Rathäusern auslege, in die Gasthäuser hänge und in allen Schulen anbringe. Dann würde ganz Deutschland wissen, wie seit bald einem Jahrzehnt zu allen schönen englischen Worten die Tatsache kommt, daß das Inselreich nahezu seine gesamte Flotte in der Nordsee zusammenzieht und zu diesem Zwecke selbst seine historischen Marinestützpunkte schwächt oder nahezu ganz preisgibt."

Herr Erzberger, dem die schwachen Punkte seiner Stellung recht gut bekannt sind, baut denn auch gleich vor, indem er den Einwand, daß die deutschen Seerüstungen England veranlaßt haben, mehr Schiffe in der Nordsee zu belassen, mit den Bemerkungen abzutun versucht:

> „Deutschland hat vom Anfang an bis heute stets betont, daß es nur eine Abwehrflotte baue; es hat den Bau der Dreadnoughts nicht begonnen, sondern nur langsam und zögernd; es hielt im Kaliber seiner großen Schiffe zurück, es war nie treibend und peitschend, sondern ging nur seinen Weg, sich eine Flotte zu schaffen, so stark, daß es niemand ohne zu hohen Einsatz riskieren kann, uns anzugreifen. Wenn trotz aller dieser Tatsachen aber England mit dieser Konzentration seiner Flotte gegen Deutschland antwortet, dann weiß jeder Deutsche, was die Aufgabe der Nation ist."

Selbstverständlich lautet diese Aufgabe für den freiwilligen Regierungskommissar Erzberger: Weiterrüsten und die Spannung vermehren. Was aber sagt die Kreuzzeitung nach ihrer Anerkennung der Greyschen Reden zu dem schwarzblauen Zentrumsbruder, der „die Atmosphäre von Mißtrauen und Furcht verdichten" hilft. Auch ein gewerbsmäßiger Hetzer?

Ein 24stündiger Generalstreik.

Zürich, 11. Juli. Die hiesige Arbeiterunion hat für morgen einen 24stündigen Generalstreik als Protest gegen die Einführung von Streikbrechern beschlossen.

Ueber die Ursachen der Generalstreikerklärung wird uns aus Zürich geschrieben:

In Zürich stehen ernste Dinge bevor: Der Stadtrat gibt bekannt, daß er von der Regierung gedrängt worden sei, ein Verbot des Streikpostenstehens im Bereiche der bestreikten Schlosserfirmen zu erlassen. Für den Fall, daß er sich weigere, das

Verschwender Alkohol.

In den von Heinrich Braun herausgegebenen Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung veröffentlicht der Wiener Universitätsprofessor Max Kassowitz einen Aufsatz über Die wirtschaftliche Seite der Alkoholfrage. Kassowitz geht davon aus, daß der Alkohol ein narkotisches Gift ist, das alle unter dem Einfluß des Gehirns stehenden Funktionen herabsetzt und schließlich vollständig lähmt. Der Alkohol rufe auch, so setzt Kassowitz weiter auseinander, in den übrigen Organen des Körpers Schädigungen hervor, die zunächst latent bleiben, sich aber bei häufig oder regelmäßig wiederholter Einführung des Giftes, wenn diese eine (im wirklichen Leben niemals verwandte) unschädliche Minimaldosis überschreitet, früher oder später in schweren Störungen der Gesundheit geltend machen. Daher käme es auch, daß nach der Statistik der englischen Lebensversicherungsgesellschaften die Alkoholenthaltsamen eine um 25 Proz. bessere Lebenserwartung hätten als die anderen Versicherten, die sich zu einem ihrer Ansicht nach mäßigen Alkoholgenusse bekennen. Für die Erzeugung alkoholischer Getränke (Bier, Wein, Schnaps) gebe das deutsche Volk nahezu 4 Milliarden Mark aus, 3½mal so viel als für Heer und Flotte zusammen, sechsmal so viel als für die Arbeiterversicherung, siebenmal so viel als für die Volksschule.

Irgendwelchen Nutzen für den Körper habe der Alkohol nicht. Er werde zwar im Körper verbrannt, wodurch Wärme erzeugt werde, aber diese sei vollkommen wertlos. Der Alkoholgenuß habe eine Lähmung der Hautgefäße zur Folge, wodurch eine vermehrte Wärmeausgabe herbeigeführt und die Gefahr des Erfrierens erhöht werde. Ein Genußmittel sei der Alkohol nur für jene, die sich das Verlangen nach seiner narkotischen Wirkung künstlich herangezüchtet haben. Die Eigenschaft, nach öfter wiederholtem Gebrauch eine Sucht nach neuen und immer größeren Dosen zu erzeugen, teile der Alkohol mit allen narkotischen und vielen anderen Substanzen: mit Opium, Morphium, Chloral, Veronal und den anderen Schlafmitteln, aber auch mit Kokain und Nikotin. Zur Stillung des Durstes brauche man alkoholische Getränke nicht. Dazu reiche das Trinkwasser vollkommen aus. Wein und Bier enthielten ja auch ungefähr 90 Proz. Wasser. Die Wein- und Biertrinker litten nur noch mehr Durst als blahe Wassertrinker, weil der Alkohol durch seine giftige Wirkung einen abnormen Protoplasmazerfall und damit einen stärkeren Wasserverlust des Körpers hervorrufe. Der Branntweintrinker, der ja nur wenig Wasser in seinem Branntwein bekomme, stille mit seinen Gläschen überhaupt nicht seinen Durst, sondern er opfere sie nur seiner Sucht nach dem gewohnten Gift.

„Die für die alkoholischen Getränke aufgewandten Milliarden," so sagt Kassowitz dann weiter, „werden also nicht ausgegeben, um ein natürliches und unabweisbares Bedürfnis zu befriedigen, sondern es wird ein unnatürliches Bedürfnis künstlich erzeugt und zu dessen Befriedigung werden riesige Summen vergeudet, die zur Beschaffung von guter Nahrung, zur Herstellung von Wasserleitungen, zum Bau von Straßen und Kanälen, für Wissenschaft und Kunst, mit einem Wort zum Besten des Volkes verwendet werden könnten."

Kassowitz wendet sich dann gegen die Behauptung, daß Staat und Gemeinden die Alkoholsteuern nicht entbehren könnten. Er verweist auf die riesigen Verluste, die das Nationalvermögen der Völker durch den Alkoholismus erleide. Die Verluste des Nationalvermögens durch die Umwandlung von vorzüglichen Nahrungsstoffen in ein für die Ernährung wertloses Produkt dürfte verhältnismäßig gering sein, im Verhältnis zu den ganz unberechenbaren Verlusten, die der Staat und die ihn zusammensetzenden Gemeinden durch die verderbliche Einwirkung der immer noch ansteigenden Alkoholflut, auf ihr wertvollstes Kapital, den Menschen, erleiden. „Jeder Berechnung," so führt Kassowitz aus, „spottet der Schaden, den Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Irrsinn, Straffälligkeit und frühzeitiger Tod der Ernährer in den Familien und in den sie beherbergenden Gemeinwesen anrichten. Körperliche und geistige Verwahrlosung der Kinder, jugendliches Verbrechertum, angeborener Schwachsinn und Debilität der Trinkerkinder, aber auch nur partielle Beeinträchtigung der körperlichen und geistigen Fähigkeiten, die sich ohne die Schädigung der Keime durch chronische Vergiftung des elterlichen Organismus normal entwickelt hätten — lauter Momente, die zweifellos wirksam sind, die aber unmöglich auch nur schätzungsweise in Ziffern ausgedrückt werden können. Soviel ist aber klar, daß sie alle miteinander gemein haben, daß sie die Steuerkraft der von ihnen Betroffenen auf ein Minimum herabsetzen oder vollständig aufheben; und so würde sich der Gewinn, den die Gemeinwesen aus der Besteuerung des Volksgiftes zu ziehen glauben, wenn eine Berechnung ausführbar wäre, von den ideellen Einbußen abgesehen, ganz sicher auch schon rein geldmäßig in einen effektiven Verlust verwandeln."

Was für die Volkswirtschaft gelte, gelte in noch viel höherem Grade für die Einzelwirtschaft. Und zwar hätten gerade die Lohnarbeiter oft besonders schwer unter dem Alkoholismus zu leiden, weil infolge der Verwendung eines oft beträchtlichen Teiles des Einkommens für alkoholische Getränke wichtige Bedürfnisse unbefriedigt bleiben. Untersuchungen hätten ergeben, daß der Alkohol gar nicht selten ein Fünftel, in Ausnahmefällen noch mehr, von dem Lohn verzehre.

„Unterernährung, Wohnungselend, geringe Widerstandskraft gegen Krankheiten, frühzeitige Arbeitsunfähigkeit oder vorzeitiger Tod des Ernährers und völlige Verelendung der Hinterbliebenen sind in der großen Mehrzahl der Fälle die fast unausbleiblichen Folgen einer solchen unglückseligen Konstellation, die nur scheinheiliges Pharisäertum als die gerechte Strafe für das Laster der Trunksucht erklären kann, während der billig Urteilende einsehen muß, daß eine Gesellschaftsordnung, die die allgemeine Trinksitte nicht nur duldet, sondern in jeder Weise hätschelt und propagiert, allein für das unermeßliche Elend verantwortlich ist, das mit Naturnotwendigkeit aus der schrankenlosen Verbreitung des heimtückischen Giftes emporwachsen muß."

Zur Bekämpfung des Alkoholismus müßten wir in Mitteleuropa dieselben Mittel anwenden, die in anderen, in diesem Punkte fortgeschritteneren Ländern schon erfolgreich gewesen seien, wie Zusammenschluß der alkoholfrei Lebenden in Abstinenzvereinen, Einführung des obligatorischen Unterrichts über die Eigenschaften des Alkohols in den Volksschulen. Eine weitere Etappe im Kampfe gegen den Alkoholismus hätte dann das Gemeindebestimmungsrecht zu sein, das jeder Gemeinde das Recht einräumt, von Zeit zu Zeit ihre Mitglieder (mit Einschluß der Frauen) darüber abstimmen zu lassen, ob der Verkauf von alkoholischen Getränken noch gestattet sein solle und als letztes Ziel bliebe dann die staatliche Prohibition, die den Verkauf von alkoholischen Getränken mit denselben strengen Mauteien umgibt, wie den Verkauf von anderen Giften.

Selbstverständlich wird kein vernünftiger Mensch behaupten, und das tut auch Kassowitz nicht, daß alle Not und alles Elend auf den Alkohol zurückzuführen ist. Wir Sozialdemokraten wissen, daß der heute herrschende Kapitalismus unendliches Elend über zahllose Menschen bringt. Aber das ohnehin infolge der Herrschaft des Kapitalismus schon vorhandene Elend wird verschlimmert und vermehrt durch die verkehrte Gewohnheit, ein Gift, wie den Alkohol, als Genußmittel zu verwenden. Die Arbeiterbewegung, die die Bildung der Volksmassen erhöht und ihnen einen Lebensinhalt gegeben hat, hat den Alkoholismus vielfach in seinen häßlichsten und augenfälligsten Formen zurückgedrängt. Aber wenn man auch heute viel seltener einen Menschen betrunken durch die Straßen wanken sieht als früher, so ist doch die Zahl derer noch ungeheuer groß, die durch ihren, ihrer Ansicht nach mäßigen, Alkoholgenuß in ihrer geistigen und körperlichen Gesundheit schwer geschädigt werden. Noch immer sind die gefährlichsten Irrtümer über den Alkohol verbreitet, wie z. B. der, daß der Alkoholgenuß nur schädlich sei, wenn sich Anzeichen der sogenannten Betrunkenheit bemerkbar machen, und daß daher jeder selbst wissen könne, wieviel er ohne Schaden für seine Gesundheit „vertragen" kann. Es ist also erst die größte Arbeit getan. Gerade die Arbeiterklasse hat ein Interesse daran, daß ein geistig und körperlich kräftiges Geschlecht heranwächst. Je gesünder und kräftiger die Volksmassen sind, desto leichter und besser werden wir unsere großen Ziele erreichen können. Deshalb hat die Arbeiterschaft allen Grund, Ausführungen, wie die hier wiedergegebenen des Wiener Gelehrten, nicht unbeachtet zu lassen und den Kampf gegen den Alkohol, der heute noch unser ganzes gesellschaftliches Leben beherrscht, mit der größten Energie zu führen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120712/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG